

Haushaltsplan 2015 – Stellungnahme der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
liebe Walldorferinnen und Walldorfer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

was sind denn die Themen die uns derzeit bewegen?

Wen interessiert eigentlich die Diskussion über unseren Haushaltsplan?

Gut, vielleicht ist schon das Wort „Diskussion“ eine falsche Beschreibung dessen, wie unser städtischer Haushaltsplan aufgestellt wird: Der Planentwurf der Verwaltung wird in der Regel im November in öffentlicher Sitzung dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach der Vorberatung in nicht öffentlicher Sitzung wird der Haushaltsplan – so wie heute – vom Gemeinderat beschlossen.

Bürgerbeteiligung sollte keine Worthölse sein, sondern ein Instrument, um die Menschen für die Stadt in der sie leben, zu motivieren sich einzubringen, sie bei Entscheidung einzubeziehen und vor allem um die Akzeptanz von Projekten zu erhöhen. Dazu gehört auch die Diskussion über den städtischen **Haushaltsplan**, mit **Leitbild** und **Schlüsselprodukten**.

Eine Leitbildformulierung und Diskussion fand auch diesmal nicht statt. Und das, obwohl einem doppischen Haushalt ein Leitbild zugrunde liegen sollte. Über die Schlüsselprodukte wurde auch nicht gesprochen. Im letzten Jahr hatten wir beantragt, diese wichtigen Vorgaben direkt nach der Gemeinderatswahl anzugehen. Leider ist das nicht erfolgt.

Die SPD-Fraktion beantragt heute das Leitbild und den nächsten städtischen Haushaltsplan mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Aufgrund der innen- und außenpolitischen Situation ist es angebracht, heute mit einem gesellschaftspolitischen Thema zu beginnen.

Im ganzen Land beschäftigt uns das Thema **Asyl**. Viele Städte und Gemeinden bewältigen diese Aufgabe nur schwer. Hier ist Walldorf nicht so gefordert wie andere Kommunen. Bei uns sind im Gegensatz zu unseren Nachbarn nur wenige Menschen in Sammelunterkünften untergebracht. Der eine oder andere mag meinen, um diese Menschen werde sich genug gekümmert. Ist das so? Sicher – wir können nicht die Not aller lindern, aber die, die unter uns sind, brauchen unsere Unterstützung hier vor Ort. So kann es z. B. nicht sein, dass die Flüchtlinge keinen Walldorf-Pass bekommen können, nur weil es das Asylgesetz nicht vorsieht, dass sie Kindergeld kriegen. Freikarten für unser Hallenbad sollten als Zeichen der Großzügigkeit für Bedürftige vergeben werden.

Die Aufgabe der Städte und Gemeinden ist es, die Bedingungen für diese Menschen so erträglich wie möglich zu gestalten, Brücken zu bauen und die Bevölkerung zu informieren und mit einzubeziehen. Daher ist die SPD-Fraktion sehr froh, dass sich ein **kirchlich getragenes, breites Bündnis** zur Unterstützung gebildet hat.

Das **Familienzentrum Walldorf** hat hier eine tragende Rolle übernommen, was wir sehr begrüßen und unterstützen. Auch die **Tafel** und die **Kleiderstube Walldorf** engagieren sich in dem Bündnis. Recht herzlichen Dank für dieses Engagement.

Auch sollten wir uns jetzt schon überlegen, wie wir die Menschen begleiten, wenn ihre Asylverfahren abgeschlossen sind und sie bei uns bleiben werden, weil Ihnen die Rückkehr in ihre Heimat aus humanitären Gründen nicht möglich ist.

Bleiben wir beim sozialen Bereich. Walldorf kann hier ein engmaschiges Netz anbieten, das Kinderbetreuung, Erziehungsberatung, Schulsozialarbeit, Altenbetreuung und vieles mehr umfasst.

Durch den Zuzug junger Familien nach Walldorf sind wieder Wartelisten bei der Kinderbetreuung entstanden. Die im Januar vorgelegte **Kindergarten-Bedarfsplanung** war wie gewohnt sehr detailliert und informativ. Mit dem Blick auf die Schulen sind nun auch erste Schritte auf dem Weg zu einer integrierten Betreuungsplanung gemacht, die mit der Einführung der Ganztagschule notwendig wurde.

Die Veränderungen der gewünschten Betreuungszeiten sind rasant. Letztes Jahr wollten – und bekamen – 65% der Familien ganztags oder flexible Plätze, dieses Jahr 75%. Danke an Herrn Steinmann und sein engagiertes Team, aber auch an die Erzieherinnen und Erzieher, die alles tun, um dem Bedarf gerecht zu werden.

Die Bedarfszahlen belegen aber auch die Notwendigkeit einer weiteren Einrichtung. Frau Staab, Herr Steinmann, Sie wissen es, uns ist der Standort nicht egal.

Auch wenn Walldorf sehr kompakt, d. h. eine „Stadt der kurzen Wege“ ist, macht es für uns keinen Sinn, eine weitere Kita im Süden zu bauen. In den Wohngebieten im Norden Walldorfs findet gerade ein Generationenwechsel statt, deshalb müssen wir intensiv im Norden bzw. Nordosten nach möglichen Standorten für eine Betreuungseinrichtung suchen – und finden.

Auch bei der Betreuung für die Kinder unter 3 Jahren hat Walldorf seine Hausaufgaben gemacht. 36% der Ganzkleinen haben einen Platz. Unsere Messlatte besteht in der Frage: wie viele Kinder unter 3 Jahren haben keinen Platz und brauchen einen?

Hier wird auch deutlich, dass dieses Thema für die grün-rote Landesregierung sehr wichtig ist. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 erhielt Walldorf für die Unter-3-jährigen vom Land jeweils rund eine Million €, das ist dreimal so viel, wie von der Vorgänger-Regierung im Jahr 2011.

Die demographische Entwicklung hat Einfluss auf unsere Schulen. Unsere Landesregierung hat eine Konsolidierung des Systems angestoßen, die bereits nach wenigen Jahren Früchte trägt. Die von den Kommunen aktiv begleitete **regionale Schulentwicklung** ist der Garant, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ihren Gemeinden oder gemeinsam mit den Nachbarkommunen für alle ihre Kinder Schulen anbieten können.

Um zu gewährleisten, dass jedes Kind in Walldorf ein passendes Schulangebot bekommt, ist es wichtig, sich rechtzeitig mit Eltern, Schulleitungen, Schulamt und Politik an einen Tisch zu setzen. Auf unsere Initiative hin hat die Verwaltung den **schulpolitischen Arbeitskreis** gegründet, der nach unserer Meinung aber nicht genug beteiligt wird und weiterhin vieles ohne diesen Arbeitskreis entschieden wird.

Sich zurückzulehnen und sagen, man wisse ja nicht wie man planen solle, weil die Regelungen vom Land fehlen, klingt für den Außenstehenden plausibel – der schwarze Peter ist verteilt. Damit macht man es sich allerdings als Schulträger zu einfach. Die Verwaltung sollte die regionale Schulentwicklung als große Chance begreifen, denn Walldorf ist ein hochattraktiver Schulstandort, der in den nächsten Jahren vorausschauend gesteuert werden muss.

Die Gemeinde, die sich nicht positioniert und keine Visionen für die Schullandschaft vor Ort hat, verliert an Attraktivität, für Familien mit schulpflichtigen Kindern, aber auch für engagierte Pädagogen.

Wir sehen nicht nur das Schulzentrum, wo die Realschule nun auch den Ganztagesbetrieb plant und sich Schüler mit den umliegenden Gemeinschaftsschulen in Wiesloch und St. Leon-Rot teilen wird. Wir dürfen unsere Waldschule und die Sambugaschule, der die derzeitige räumliche Unterbringung wahrlich nicht mehr zuzumuten ist, nicht vernachlässigen.

Frau Bürgermeisterin, wir fordern ein klares Bekenntnis zur Förderschule. Ähnlich wie die Schillerschule, die mit Kindergarten und Krippe Kern der Neuen Sozialen Mitte ist, muss der Schulstandort Waldschule gefestigt und weiter entwickelt werden. Die Sambugaschule und eine weitere Kinderbetreuungseinrichtung, die wir ohnehin noch brauchen, könnten dort Synergien schaffen.

Wie man in den letzten Wochen aus der Presse erfahren konnte, haben viele Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis mit der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen einen guten Weg gefunden – der Walldorfer Gemeinderat wollte vor zwei Jahren leider mehrheitlich diesen Weg nicht gehen. Wir befürchten nun, dass die Werkrealschule ausblutet und der Zulauf zur Realschule beim Schulzentrum noch höher wird. Über die Grenzen der Kapazität hinaus ist ein Qualitätsverlust zu befürchten. Schüler, die in die Realschule gehen, weil es keine Gemeinschaftsschule in Walldorf gibt, müssen sich dann in der Rieseneinheit Schulzentrum mit 2000 Schülern zurechtfinden, statt in einem Wald-Campus mit 200 Sekundarschülern.

Unbestritten ist der Bedarf für eine ausreichend große **Mensa am Schulzentrum** sowie ein **Neubau oder die Sanierung der Sporthalle**. Die Stadt wird hier einen Architektenwettbewerb ausschreiben, um die beste Lösung zu finden – was aber, weil EU-Richtlinien eingehalten werden müssen, sehr zeitaufwändig ist. Ende März wird erst einmal ein Büro für die Betreuung und Durchführung des Architektenwettbewerbs ausgesucht und beauftragt. Dann ist noch lange nicht gebaut.

Wir betonen immer wieder: **Investitionen in Bildung und Infrastruktur** sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und die Lebenschancen unserer Kinder. Die Summen, die auch 2015 für Schule und Betreuung ausgegeben werden, sind gut, sind nachhaltig angelegt. Betrachten wir noch die Zuwendungen des Landes im Gesamtpaket für Bildung und Betreuung – Schulsozialarbeit, Kindergarten und Krippen – stellen wir fest: Diese Zuweisungen sind nie besser gewesen in diesem Land.

Menschen aller Generationen und Einkommenschichten sollte für ihre jeweilige Lebensphase ein Wohn- und Betreuungsangebot zur Verfügung stehen, das es ermöglicht, in Walldorf zu bleiben.

Zum Betreuungsangebot zählen die Beratungsstellen, wie die Psychologische Beratungsstelle, die Schuldnerberatung und die Fachberatungsstellen. Sie betreuen und beraten in schwierigen Lebenssituationen. In der Plattform wird niederschwellig auch durch das Ehrenamt viel erreicht. Mit Geld allein geht noch lange nicht alles.

Die SPD hat durch ihre Veranstaltung mit dem ehemaligen Bremer Bürgermeister Henning Scherf zum Thema „**Altwerden – mitten in der Gesellschaft**“ gesehen, dass auch in Walldorf ein großes Interesse an „Mehrgenerationenwohnen“ und an Projekten zum Älterwerden mitten in der Gesellschaft vorliegt. Scherf berichtete über kommunale, aber auch rein private Projekte. Auch die Landesregierung hat sich mit dem Thema befasst und ein Gesetz für „Unterstützende Wohnformen“, beschlossen. Wir regen an, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Interesse an einem solchen Wohnprojekt haben, sich bei der Generationenbrücke e.V. melden, die dann wiederum bei entsprechender Nachfrage mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen sollte. Sicherlich könnte auch die Stadt selbst aktiv werden, indem Sie bei der Erweiterung des Baugebiets Walldorf-Süd Bauflächen für die Realisierung entsprechender Projekte vorsieht und Interessierten anbietet.

Eines ist sicher – die Zahlen im Sozialbericht der letzten Jahre zeigen es deutlich – die Situation am Wohnungsmarkt wird sich verschärfen. Wir haben schon seit Jahren einen erhöhten Bedarf an **bezahlbarem Wohnraum**. Da wird der geplante Neubau am Nahversorgungszentrum nur den dringendsten Bedarf abfangen. Es muss in Walldorf noch mehr Wohnungen für Leute mit kleinem Geldbeutel geben!

Waren es 2011 noch 76 Anträge, mussten wir im vergangenen Jahr 110 Bewerbungen zur Kenntnis nehmen. Es ist gut, dass zum 1.1.2015 der **Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Walldorf** gegründet wurde. Wir gehen davon aus, dass der Eigenbetrieb bald seinen ersten Lagebericht vorstellt, damit wir gezielt und zeitnah Entscheidungen für den weiteren Ausbau treffen und den Sanierungsstau nach einer Prioritätenliste abarbeiten können.

Handlungsbedarf haben wir auch, um Walldorf zukunftsorientiert und attraktiv für junge Familien zu halten und um die Infrastruktur, die wir geschaffen haben auch langfristig mit Leben zu füllen. Dafür brauchen wir die **Erweiterung in Walldorf-Süd**. Für uns gibt es nach wie vor zwingende Gründe zunächst im Osten weiterzumachen. Da steht die Fraktion einstimmig dahinter.

Nach unserer Erfahrung und Kenntnis der noch vor der konkreten Planung zu lösenden Probleme, sollten wir die Erweiterung im Osten angehen – zumal die Stadt hier wesentlich mehr Grundstücke besitzt und der gesamte Lärmschutz bereits fertiggestellt ist. In der Gemeinderatsvorlage im Juli schrieb ja auch die Verwaltung: „**Der etwas größere östliche Teil bietet ... mehr Möglichkeiten.**“ Warum sollte dann zuerst der westliche Teil entwickelt werden?

Die Entscheidung zunächst im Osten weiter zu machen, lässt der Verwaltung auch noch Zeit, die Probleme des westlichen Abschnitts der Bürgermeister-Willinger-Straße zu lösen: Südlich der Straße verläuft der große Abwasserkanal und nördlich der Straße, in dem Feldweg, liegen die restlichen Versorgungsleitungen und Kabel. Dagegen sind die Hindernisse, die im östlichen Teil zu lösen sind, Standardaufgaben für einen Planer. Die SPD-Fraktion ist deshalb dafür, wie von Anfang an vorgesehen und von allen mitgetragen, zunächst die **östliche Erweiterungsfläche** zu entwickeln.

Übrigens sehen wir die Diskussion im Juli nicht als Blamage an – weder für die Verwaltung und schon gar nicht für den Gemeinderat. Dass Fraktionen unterschiedliche Meinungen vertreten, ist doch durchaus normal und dass es dann wegen Stimmengleichheit zu keiner Entscheidung kommt, auch.

Im letzten Jahr wurden wir mit einer neuen „Baustelle“ konfrontiert.

Die Umsetzung der EU-Vorgaben zum **Hochwasserschutz** auf Landesebene waren rechtlich notwendig und konsequent – auch wenn es bei vielen Leuten Kopfschütteln hervorrief. Die Auswirkungen des Klimawandels führen nun mal auch bei uns zu Überflutungsrisiken. Wenn man auf die schweren Unwetter 2003 zurückblickt – vor gerade mal 12 Jahren – dann weiß man, was Hochwasser verursachen kann.

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme im Gemeinderat Anfang des Jahres ausgeführt haben, sind wir der Meinung, dass Walldorf auch in Vorleistung gehen könnte, um relativ schnell die Restriktionen im Gewerbegebiet um den Bahnhof, aber auch auf den letzten Baugrundstücken im Gebiet Walldorf-Ost abzubauen. Denn für uns ist guter Hochwasserschutz kein „Kann“, sondern ein „Muss“. Wir profitieren von den Maßnahmen die z. Z. von den Wasserbehörden für den Hochwasserschutz am Leimbach projektiert werden. Wir würden unseren Anteil lieber heute als morgen ausgeben, damit die Baueinschränkungen aufgehoben werden können.

Gut angelegtes Geld ist auch das, das in **ökologische Maßnahmen, Umweltschutz und Naherholungsangebote** fließt. Wir haben z.B. mit großer Zufriedenheit den Zwischenbericht zum Forsteinrichtungswerk zur Kenntnis genommen. Zeigt dieser doch, dass wir mit unserem Wald gut umgehen und darauf achten, dass der Wald den erforderlichen Schutz und die Aufmerksamkeit erhält.

Der Bericht würdigt besonders die **Waldpädagogik**. Da wird hervorragende Arbeit geleistet. Das ist eine nicht mehr wegzudenkende freiwillige Leistung der Stadt, die wir fest installiert sehen.

Auch beim **Klimaschutz** brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung. Dies ist auch für die erneute Zertifizierung für den European Energy Award (EEA) notwendig.

Außerdem ist nur mit einer Sensibilisierung der Bevölkerung eine Umkehr zu erreichen. Die KliBA hat einen ersten Entwurf eines neuen Klimaschutzkonzepts für die Stadt ausgearbeitet und dem Gemeinderat die **2000-Watt-Gesellschaft** als Bürgerbeteiligungsmaßnahme vorgeschlagen. Leider ist die Beteiligung bisher nicht zufriedenstellend. Hier ist die Verwaltung mit einer deutlich besseren Öffentlichkeitsarbeit gefordert.

Eine weitere Bürgerbeteiligung im Rahmen des Klimaschutzes betrifft unsere jungen Walldorferinnen und Walldorfer. Wir freuen uns über die Stadtwerke als engagierter Partner und Sponsor für vier Grundschulklassen um „**Standby in Schulen**“ zu vermeiden. Die Unterrichtsstunden werden aus dem Förderprogramm des Landes „Klimaschutz Plus“ finanziert, der umweltdidaktische Partner ist die KliBA.

Zum Umweltbewusstsein gehört auch die Nutzung des **öffentlichen Nahverkehrs**. Optimal wäre es, wenn alle Nachbarorte von hier mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar wären. Übrigens könnte eine sinnvolle Verkehrsverbindung nach Nußloch den jetzigen Zustand unserer Werkrealschule stärken. Einige Schülerinnen und Schüler aus Nußloch würden die Zahlen der Werkrealschule stabil halten und so für einen gesicherten Standort sorgen.

Im 2. Halbjahr werden wir dann auch wissen, welche Kosten auf die Stadt in den nächsten 8 Jahren für unsere **Busverbindung nach Heidelberg** zukommen werden. Das Ausschreibungsverfahren läuft seit kurzem und wir alle werden froh sein, wenn Mitte Dezember die 8 Jahre, die der bisherige Betreiber der Linie sehr unrühmlich gefahren ist, endlich vorbei sind, auch wenn die Stadt dann – im Unterschied zu jetzt – jährlich einen (vermutlich) stolzen Betrag bezahlen muss.

Einen Teil dieser Kosten werden wir ja vom Landkreis wieder zurückbekommen. In diesem Jahr 40 %, da der Kreistag auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen hat, die kommunalen Beiträge für den ÖPNV, um 5 Prozentpunkte mehr zu fördern.

Ich hab´ s bereits eingangs erwähnt: **Bürgerbeteiligung sollte keine Worthülse sein**. Dies geht nur mit **geeigneten Beteiligungswerkzeugen**. Manchmal läuft es gut, wenn z.B. eine klare Mehrheit sagt, wir brauchen ein Ärztehaus, wie es vor 5 Jahren mit einem Bürgerentscheid geschah. – Wir werden uns natürlich weiterhin für eine **Verbesserung der ärztlichen Versorgung** einsetzen.

Manchmal ist Bürgerbeteiligung gut gemeint, aber in der Umsetzung schwierig. In einer Arbeitsgruppe des **Jugendforums** haben sich Jugendliche einen „Treff“ gewünscht. Recht schnell wurde die Idee **Babylon 190** am alten Wasserwerk geboren und unser Stadtbaumeister hat sich liebevoll an die Detailplanung und Ausführung gemacht. Vielleicht wäre ein selbst gezimmertes Babylon nicht so schön, aber ein besser gepflegter Treffpunkt geworden. Was ich mit eigenen Ideen und eignen Händen gestalte, wertschätze ich mehr und halte es daher auch in Ordnung.

Vielleicht funktioniert eine Bürgergesellschaft mit gemeinschaftlicher Verantwortung auch besser in einem System der Knappheit als im Überfluss. Oder mit klaren gemeinsamen Zielen, wie z.B. beim **Arbeitskreis Spielräume**. Wir finden es gut, dass die Verwaltung den Arbeitskreis nun wieder stärker einbeziehen will. Wenn die Meinung und Zuarbeit des Ehrenamts nicht adäquat abgerufen und angenommen wird, ziehen sich die Ehrenamtlichen zurück. Die Expertise der Eltern mit Kindern brauchen wir nun mal für die Gestaltung dieser Bereiche. Das ist der SPD-Fraktion besonders aufgefallen bei der Begehung des Kautzel-Spielplatzes.

Eine Art Bürgerbeteiligung war auch die Umfrage zu den **kulturellen Angeboten** der Stadt. Ein Ergebnis des Bürgerpanels war, dass wir mehr Angebote im musikalischen Bereich für unsere Jugendlichen brauchen. Die hatte die SPD-Fraktion schon lange eingefordert. Wir sind sehr zufrieden, dass nun eine Zusammenarbeit mit der **Mannheimer Popakademie** startet. Wann wird es die ersten Konzerte geben? Von der Astoria-Halle bis zur Seebühne gibt es perfekte „locations“ für unterschiedlichste Konzerte. Zumal wir gerade was die Seebühne betrifft, uns eine Ausweitung der Konzerte gut vorstellen können.

Für ein gutes Miteinander in unserer Stadt ist die Beteiligung aller wichtig. Deshalb bedauern wir es, dass es in Walldorf mittlerweile weder einen **Jugendgemeinderat** noch einen **Ausländer-Ausschuss** gibt. Wir bleiben aber am Ball, weil wir beide Gremien als sehr wichtig ansehen.

Unsere **Freiwillige Feuerwehr** ist in diesem Jahr omnipräsent. Im Juni feiert die Wehr ihr 150-jähriges Bestehen, bei vielen weiteren Ereignissen übers Jahr verteilt wird sie mit dabei sein.

Zu ihrem Jubiläum gratulieren wir der Feuerwehr recht herzlich!

An dieser Stelle wollen, nein müssen wir uns auch für ihren unermüdlichen Einsatz bei über 140 Einsätzen im letzten Jahr bedanken.

Ein anderes Thema, das in diesem Jahr voraussichtlich noch gar nicht entschieden wird, beherrscht trotzdem die Diskussionen – nicht nur bei der Feuerwehr:

In ihrer Neujahrsansprache Frau Staab, informierten Sie, dass für die Feuerwehr ein neuer Standort gesucht werde.

Wir wollen eine gute Lösung – wir wollen die beste Lösung für die Feuerwehr und die beste für Walldorf. Das muss nicht zwingend ein neuer Standort sein.

Deshalb müssen zuvor noch einige Hausaufgaben gemacht werden und alle möglichen Alternativen am jetzigen Standort geprüft werden.

Die Wahlbeteiligung der **Erstwähler bei der Kommunalwahl** war in Walldorf weit über dem Landesdurchschnitt. Das lag sicherlich an den Aktivitäten der Verwaltung, die sich gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung zum Ziel gesetzt hatte, das Interesse der Jugend an der Kommunalwahl zu wecken. Wir müssen aber besonders den Jugendlichen der EGJ und KJG danken, die hierbei sehr viel Einsatz zeigten. Ohne deren Engagement wäre z. B. die Hauptveranstaltung in der Astoria-Halle ein „Schlag ins Wasser“ gewesen.

Die SPD Walldorf möchte sich auf diesem Wege nochmals bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, dass wir bei der letztjährigen Kommunalwahl einen Sitz hinzu gewinnen konnten. Wir können jetzt mit 3 Frauen und 3 Männern, darunter die jüngste Stadträtin, Ihre Interessen im Gemeinderat vertreten.

Wir sind heute nur auf einige Themen eingegangen, die uns besonders wichtig sind und deshalb etwas ausführlicher erläutert werden mussten. Das bedeutet aber nicht, dass die heute nicht angesprochenen Themen für uns unwichtig wären.

Die SPD-Fraktion bedankt sich ganz ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, die sich dafür einsetzen, dass der Laden läuft wie er läuft – nämlich überwiegend gut und reibungslos.

Wir bedanken uns auch bei den anderen Fraktionen für die sachliche und produktive Zusammenarbeit.

Wir danken natürlich allen Steuerzahlern, die uns diesen Haushaltsplan ermöglichen, der uns wieder sehr auskömmliche Finanzmittel zur Verfügung stellt.

Die SPD-Fraktion wird trotz der eingangs genannten Kritik zum Leitbild dem Beschlussvorschlag zustimmen, weil wir die anstehenden Projekte unterstützen.

Für die SPD-Fraktion

Manfred Zuber